

**Deckblatt**

**Teil 1 Seite 1**

**Drucksachennummer:**

0329/2015

**Datum:**

16.03.2015

## **ÖFFENTLICHE MITTEILUNG**

**Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:**

Geschäftsstelle der Bezirksvertretung Nord

**Betreff:**

Einzug der Depotcontainer für Elektroschrott

**Beratungsfolge:**

25.03.2015      Bezirksvertretung Hagen-Nord

**TEXT DER MITTEILUNG**

**Teil 2 Seite 1**

**Drucksachennummer:**

0329/2015

**Datum:**

16.03.2015

**Siehe Anlage**

## Finanzielle Auswirkungen

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

- ☐ Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen
- ☐ Es entstehen folgende finanzielle und personelle Auswirkungen
- ☐ Es entstehen folgende bilanzielle Auswirkungen

## Maßnahme

- ☐ konsumtive Maßnahme
- ☐ investive Maßnahme
- ☐ konsumtive und investive Maßnahme

## Rechtscharakter

- ☐ Auftragsangelegenheit
- ☐ Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung
- ☐ Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung
- ☐ Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe
- ☐ Vertragliche Bindung
- ☐ Beschluss RAT, HFA, BV, Ausschuss, sonstiges
- ☐ Ohne Bindung

### 1. Konsumtive Maßnahme

Teilplan:		Bezeichnung:	
Produkt:		Bezeichnung:	
Kostenstelle:		Bezeichnung:	

	Kostenart	Lfd. Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3
Ertrag (-)		€	€	€	€
Aufwand (+)		€	€	€	€
Eigenanteil		€	€	€	€

## Kurzbegründung:

- ☐ Finanzierung ist im lfd. Haushalt bereits eingeplant/gesichert
- ☐ Finanzierung kann ergebnisneutral (außer-/überplanmäßige Bereitstellung mit Deckung) gesichert werden.
- ☐ Finanzierung kann nicht gesichert werden (der Fehlbedarf wird sich erhöhen)

### 2. Investive Maßnahme

Teilplan:		Bezeichnung:	
Finanzstelle:		Bezeichnung:	

	Finanzpos.	Gesamt	lfd. Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3
Einzahlung(-)		€	€	€	€	€
Auszahlung (+)		€	€	€	€	€
Eigenanteil		€	€	€	€	€

**Kurzbegründung:**

- ☐ Finanzierung ist im lfd. Haushalt bereits eingeplant/gesichert
- ☐ Finanzierung kann gesichert werden (außer-/überplanmäßige Bereitstellung mit Deckung)
- ☐ Finanzierung kann nicht gesichert werden (der Kreditbedarf wird sich erhöhen)

**3. Auswirkungen auf die Bilanz**  
(nach vorheriger Abstimmung mit der Finanzbuchhaltung)

**Aktiva:**

(Bitte eintragen)


**Passiva:**

(Bitte eintragen)


**4. Folgekosten:**

a) jährliche Kreditfinanzierungskosten für den Eigenfinanzierungsanteil	€
b) Gebäudeunterhaltsaufwand je Jahr	€
c) sonstige Betriebskosten je Jahr	€
d) Abschreibung je Jahr (nur bei investiven Maßnahmen)	€
e) personelle Folgekosten je Jahr	€
Zwischensumme	€
abzüglich zusätzlicher Erlöse je Jahr	€
<b>Ergibt Nettofolgekosten im Jahr von insgesamt</b>	<b>€</b>

**5. Auswirkungen auf den Stellenplan**

Stellen-/Personalbedarf:

(Anzahl)	Stelle (n) nach BVL-Gruppe	(Gruppe)	sind im Stellenplan	(Jahr)	einzurichten.
(Anzahl)	üpl. Bedarf (e) in BVL-Gruppe	(Gruppe)	sind befristet bis:	(Datum)	anzuerkennen.

gez.

(Name OB oder Beigeordneter inkl. Funktion)

Bei finanziellen Auswirkungen:

gez.

(Name Beigeordneter inkl. Funktion)

gez.

Christoph Gerbersmann  
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

**Verfügung / Unterschriften**

**Veröffentlichung**

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
**Oberbürgermeister**

**Gesehen:**

\_\_\_\_\_  
**Erster Beigeordneter  
und Stadtkämmerer**

\_\_\_\_\_  
**Stadtsyndikus**

\_\_\_\_\_  
**Beigeordnete/r**

**Amt/Eigenbetrieb:**

Geschäftsstelle der Bezirksvertretung Nord

**Die Betriebsleitung  
Gegenzeichen:**

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:**

**Amt/Eigenbetrieb:**

**Anzahl:**

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

## **Verschärfte Gefahrgut-Regelungen**

### **HEB muss Depotcontainer für Elektroschrott einziehen**

Die drei im Oktober 2014 aufgestellten Sammelbehälter für Elektrokleingeräte müssen vom Hagener Entsorgungsbetrieb wieder abgezogen werden. Grund ist eine Änderung der Verordnung für die Sammlung und den Transport von Elektrogeräten, die Lithium-Batterien bzw. Lithium-Akkus enthalten. Obwohl die Behälter am Boeler Marktplatz, im Lönsweg und an der Schwerter Straße sehr gut angenommen wurden, müssen diese kurzfristig entfernt werden. „Wenn die Elektrogeräte beim Einwurf noch Lithium-Akkus enthalten und diese nicht entfernt wurden bzw. nicht entfernt werden konnten und das umgebende Gerät beim Einwurf oder beim Transport beschädigt wird, sind die Akkus nicht mehr ausreichend geschützt und können im schlimmsten Fall anfangen zu brennen“, erläutert Jacqueline Jagusch, Sprecherin des Hagener Entsorgungsbetriebs. Die seit Anfang des Jahres geltenden verschärfte ADR-Regelungen (Vorschriften für den Straßenverkehr hinsichtlich Verpackung, Ladungssicherung und Kennzeichnung von Gefahrgut) machen eine Sammlung in Depotcontainern und insbesondere den anschließenden Transport in der sogenannten „losen Schüttung“ unzulässig. Denn dabei können die Geräte beschädigt und die Lithium-Akkus freigelegt werden. Dies ist nach der neuesten Einschätzung des Gesetzgebers eine zu große Gefahrenquelle. Die Inhalte der Depotcontainer für Elektroschrott können jedoch nur auf diese Weise geleert und abtransportiert werden. „Die Auslegung der neuen Regelung war bislang unklar und daher haben wir die Gespräche der Verbände mit den Ministerien abwarten müssen. Nun, da die Vorgaben eindeutig definiert sind, müssen wir die drei Sammelbehälter leider entfernen“, erläutert Jagusch. „Wir planen jedoch, neben der Annahme von Elektroaltgeräten an der Müllverbrennungsanlage Am Pfannenofen sowie am Werkhof in Hohenlimburg zukünftig weitere Möglichkeiten zur Abgabe von Elektroaltgeräten einzurichten“, so Jagusch weiter.

Zudem wird die Bundesregierung Hersteller und Handel mit dem neuen Elektrogesetz zukünftig dazu zu verpflichten, Elektroschrott anzunehmen. Große Händler - mit mehr als 400 Quadratmeter Verkaufsfläche - sollen dazu verpflichtet werden, Altgeräte beim Neukauf eines gleichwertigen Geräts zurückzunehmen. Das geht aus einem Gesetzentwurf von Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hervor, der am heutigen Mittwoch vom Bundeskabinett beraten werden soll.